



Foto: Ra Boe, CC BY-SA 2.5

SCHLUSS MIT DER QUALMEREI!

Wenn Berlin und Brandenburg den Klimawandel bremsen wollen, müssen sie endlich mit dem Ausstieg aus den fossilen Energien beginnen.

Mehr als ein Jahr ist nun vergangen, seit sich die internationale Gemeinschaft in Paris auf ein Abkommen zum Klimaschutz geeinigt hat, das die globale Erwärmung auf zwei Grad, besser anderthalb Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit begrenzen soll. Viel hat sich seitdem in Deutschland nicht getan. Außer dass die Bundesregierung im Dezember einräumte, dass sie das Zwischenziel, den Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid (CO₂) bis 2020 um 40 gegenüber 1990 zu begrenzen, wahrscheinlich nicht erreichen wird. Statt ihre Bemühungen zu verstärken, bremst sie aber die Dekarbonisierung. Das novellierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2017) liegt den Anteil des Ökostroms auf maximal 45 Prozent bis zum Jahr 2025 fest. Heute liege er schon bei 32 Prozent. Weil die Kohlekraftwerke unvermindert heizen, haben wir so viel Strom wie noch nie: 647 Terawattstunden im Jahr 2015 – deutlich mehr, als in der Bundesrepublik verbraucht wurde. Folglich geht ein Zehntel davon ins Ausland.

Angesichts der Überkapazitäten stellt sich immer häufiger die Frage, welcher Strom der überschüssige ist, wenn mehr produziert wird, als die Netze transportieren können. Sollen wirklich Windräder bei starkem Wind und Fotovoltaikanlagen bei schönstem Sonnenschein vom Netz gehen, damit schmutzige Kohle- und Ölkraftwerke wie gewohnt weiterarbeiten können?

In Brandenburg lässt sich hervorragend studieren, wie das Ausbremsen der Energiewende funktioniert. Das Land produziert traditionell wesentlich mehr Energie, als es selbst verbraucht. Das war schon vor 1990

so, als man etwas mehr als 40.000 Gigawattstunden erzeugte, damals fast ausschließlich mit Braunkohle. Mittlerweile liegt die Bruttostromerzeugung bei mehr als 55.000 Gigawattstunden im Jahr. Davon stammten 2014 über 14.000 Gigawattstunden aus regenerativen Energiequellen. Deren Zuwächse seit 2000 haben nicht dazu geführt, dass die Kohleverstromung und folglich der CO₂-Ausstoß zurückgegangen sind.

Ohne Kohleausstieg bringen die Erneuerbaren wenig

Das ist natürlich nicht die Schuld derjenigen, die in saubere Energie investiert haben. Vielmehr behauptet die rot-rote Koalition in Potsdam zwar, die Braunkohle nur vorübergehend und optional nutzen zu wollen, tatsächlich plant sie aber, weit über 2040 hinaus fossile Brennstoffe aus dem Boden der Lausitz zu holen und zu verbrennen: Die beschlossene Erweiterung des Tagebaus Welzow Süd II steht bei der alle fünf Jahre zu überarbeitenden Energiestrategie des Landes ausdrücklich nicht zur Disposition. Dabei ist allen klar, dass Deutschland seinen Beitrag zur Begrenzung der globalen Erwärmung nur leisten kann, wenn die Braunkohleverstromung spätestens 2030 endet, ist sie doch von allen kohlenstoffhaltigen Energieträgern die mit der geringsten Effizienz und dem höchsten CO₂-Ausstoß.

Läuft also alles verkehrt in unserer Region? Das nun auch nicht. Bei einem Stromverbrauch von derzeit rund 19.000 Gigawattstunden könnten die Erneuerbaren heute schon mehr als drei Viertel des Brandenburger Bedarfs decken. Das ist Spitze im Bundes-

ländervergleich, wenngleich auch nur bedingt aussagekräftig, schließlich kann Brandenburg nicht ohne die Millionenstadt in seiner Mitte betrachtet werden, in der nur rund 265.000 Megawatt Solar-, Wind- und Biogasstrom in das öffentliche Netz eingespeist werden, was einem Prozent des Verbrauchs entspricht.

Anders als in Brandenburg, wo das Abschalten einzelner Kraftwerksblöcke schon große CO₂-Einsparungen bringen würde, ist in Berlin eher ein Maßnahmenmix gefragt. Die Hauptstadt muss vom Energiekonsumenten zum Energieproduzenten werden, indem sie Fotovoltaik und Solarthermie auf die Dächer bringt, Geothermie fördert und jedes Grad plus bei der Abwärme nutzt, denn Energiewende bedeutet in Berlin vor allem Wärmewende. Richtig sichtbar wird erfolgreicher Klimaschutz aber beim Verkehr, schließlich ist er bundesweit der einzige Sektor, in dem die CO₂-Emissionen steigen statt zurückgehen. Die deutsche Vorliebe für besonders dicke Autos frisst alle Effizienzgewinne bei der Motorenentwicklung wieder auf und beim Fliegen schalten auch viele dem Klimaschutz aufgeschlossene Menschen auf stur. Berlin hat gute Voraussetzungen zu zeigen, wie klimafreundliche Mobilität im Nahbereich funktioniert: fahrradfreundliche Topografie, einigermaßen kompakte Besiedlung, relativ junge und damit experimentierfreudige Einwohner und viele Menschen mit niedrigem Einkommen, die kein Geld für stinkende Blechkisten ausgeben wollen. Hilfreich wäre außerdem, wenn die klimapolitische Agenda des neuen rot-rot-grünen Senats nicht nur verkündet, sondern auch umgesetzt wird. *sp*

INHALT

THEMA DEKARBONISIERUNG

Schon mal ein Anfang: Rot-Rot-Grün verspricht den Einstieg in den Klimaschutz

Seite 2

„Deutschland kann sich das leisten“: Interview mit Volker Quaschnig

Seite 3

Potsdamer Postfaktische: Ministerpräsident und Wirtschaftsminister im Realitätscheck

Seite 4

AKTUELL

Stoff zum Ersticken: Berlin kriegt die Abgasbelastung nicht in den Griff

Seite 5

Eine Frage des Managements: BUND schult Klinikangestellte im Klimaschutz

Seite 5

BUNDJUGEND

Essen auf zwei Rädern: Das Geschäft mit der Bequemlichkeit

Seite 6

NATUR ERLEBEN

Ein Tal für alle Fälle: Rundwanderung an der Brieße

Seite 7

ÖKOTIPP

Zu Ökostrom wechseln

Seite 7

KURZ & BUND

Lausige Leuchten

Seite 8

Dekarbonisierung in Zahlen

Seite 8

SCHON MAL EIN ANFANG

Bis 2050 wird Berlin klimaneutral, verspricht die neue rot-rot-grüne Landesregierung. Der BUND hat die wichtigsten Punkte des Koalitionsvertrags auf ihre Klimarelevanz überprüft.

KOHLEAUSSTIEG

Das will Rot-Rot-Grün: Die Berliner Kohlekraftwerke bis längstens 2030 laufen lassen. Dazu will die Koalition rechtsverbindliche Ausstiegspläne mit den Kraftwerksbetreibern vereinbaren. Mit Klingenberg geht das letzte Braunkohlekraftwerk 2017 außer Betrieb. Im Rahmen der Gemeinsamen Landesplanung mit Brandenburg will man sich gegen neue oder erweiterte Tagebaue wenden.

Das sagt der BUND: Sehr vernünftig, den Fahrplan für den Kohleausstieg gesetzlich zu verankern. Aber bitte schneller! Wenn Berlin seine Klimaziele erreichen will, müssen die Kohlekraftwerke aber deutlich vor 2030 vom Netz gehen. Noch fehlt ein Plan, wie sich die Stadt künftig mit Wärme versorgen soll. Wenn die Heizkraftwerke statt Steinkohle Müll verbrennen, laufen alle Strategien zur Müllvermeidung ins Leere.

MOBILITÄT

Das will Rot-Rot-Grün: Eine Verkehrswende einleiten und den öffentlichen Raum zugunsten der umweltfreundlichen Fortbewegungsarten umverteilen. In den nächsten fünf Jahren soll die Infrastruktur für den Radverkehr wachsen, noch 2017 soll ein Mobilitätsgesetz den Rahmen für zügige Verbesserungen für Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehr setzen. Bis 2021 ist geplant, drei neue Straßenbahnstrecken einzuweihen und mit dem Bau von vier weiteren zu beginnen. In dieser Zeit will der neue Senat flächendeckend Parkraumbewirtschaftung innerhalb des S-Bahnringes einführen und Autostellplätze verknappen. Für die A 100 ist erst einmal am Treptower Park Schluss.

Das sagt der BUND: Das entspricht dem, was wir seit Jahren fordern. Umso wichtiger, dass es jetzt nicht bei Worten bleibt.

FLUGVERKEHR

Das will Rot-Rot-Grün: Ein bisschen Lärmschutz und keine dritte Startbahn am BER.

Das sagt der BUND: Geht das Wachstum des Flugverkehrs von und nach Berlin so weiter, dann ist er 2020 für 42 Prozent der CO₂-Emissionen, auf die sich die Stadt dann ihrem selbst gesetzten Klimaziel nach beschränken muss, verantwortlich. Diesen Zusammenhang ignorieren sowohl der Koalitionsvertrag als auch das Berliner Klimaschutzprogramm (BEK, siehe dazu Randspalte). Hier muss Rot-Rot-Grün schleunigst nachbessern.

EDITORIAL

von Christine Kühnel und Carsten Preuß

Liebe LeserInnen!

Wer in einem Zeugnis liest, sie oder er habe sich „stets bemüht“, hat wohl nicht besonders viel (richtig) gemacht. In der Politik wird weniger verklausuliert gesprochen. Regierungen müssen sich häufig anhören, sie agierten unfähig oder unverantwortlich. Auch der BUND, der aufmerksam beobachtet, was der Staat mit der Natur anstellt, spart nicht mit Kritik.

Wenn man den Regierenden nun bescheinigt, dass sie sich zumindest Mühe geben, dann ist das schon fast ein Lob. Aber nur fast, denn am Ende zählt schließlich nicht das Wort, sondern die Tat. So ist das auch mit dem Programm, das sich der neue rot-rot-grüne Senat gegeben hat. Klar, vieles könnte ambitionierter formuliert sein. Aber die Richtung stimmt: Berlin soll endlich mit dem Klimaschutz beginnen.

BAUEN UND HEIZEN

Das will Rot-Rot-Grün: Die energetische Sanierung der Wohngebäude beschleunigen und gleichzeitig verhindern, dass dadurch die Warmmieten steigen. Dazu will die Koalition unter anderem Förderprogramme auflagen und die Modernisierungumlage auf sechs Prozent begrenzen. Wenn öffentliche Gebäude neu gebaut oder komplett saniert werden, sollen Qualitätsstandards für nachhaltiges Bauen gelten (DGNB-Silberstandard). Ein Wärmegebot soll das effizientere Heizen im Gebäudebestand forcieren und die Fernwärme dekarbonisieren.

Das sagt der BUND: Einverstanden, an die Arbeit! Wir müssen schnellstens den Investitionstau auflösen. Der soziale Wohnungsbau muss wie in anderen europäischen Großstädten auch mindestens dem Niedrigenergiehausstandard entsprechen, alle verfügbaren Passiv- und Plusenergiehaustechnologien müssen bei Neubau und Bestandssanierung zur Anwendung kommen. Außerdem sind nachwachsende und recycelte Rohstoffe zu bevorzugen.

ERNEUERBARE ENERGIEN

Das will Rot-Rot-Grün: Die Dächer sämtlicher öffentlichen Gebäude prüfen, ob sie sinnvolle Standorte für Fotovoltaik sind. Das bislang kleingehaltene („Bonsai“-) Stadtwerk erhält 150 Millionen Euro, damit es Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien produziert – eine Verdreifachung seines bisherigen Budgets. Außerdem soll es künftig unter anderem die öffentlichen Gebäude energetisch sanieren, Energiekonzepte für einzelne Stadtviertel erstellen und zusammen mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften Mieterstrommodelle (siehe dazu Randspalte S. 3) entwickeln. Öffentliche Einrichtungen und landeseigene Unternehmen sollen künftig ausschließlich Ökostrom beziehen.

Das sagt der BUND: Auch wenn die Selbstversorgung ein langfristiges Ziel bleibt, ist es jetzt schon höchste Zeit, mehr Energie in der Stadt zu produzieren. Berlin muss vom Schlusslicht der Energiewende zur Klimahauptstadt werden! Das Stadtwerk braucht neben erweiterten Aufgaben eine Profilschärfung als Anbieter von echtem Ökostrom, also glaubwürdige Siegel (siehe dazu Ökotipp S. 7). Die Energiewende kann aber nicht allein Aufgabe der öffentlichen Hand sein – auch Private müssen in Erneuerbare investieren! Leider verzichtet Rot-Rot-Grün auf ordnungsrechtliche Instrumente wie etwa eine solare Baupflicht. Was getan werden muss, ist klar. Es ist höchste Zeit, dass die Energiewende sichtbar wird.

Die Pläne liegen vor, jetzt muss es an die Umsetzung gehen. Rot-Rot-Grün kann nun in Berlin als gutes Vorbild fungieren – etwa für die Brandenburger Landesregierung, deren Bemühungen in Sachen Klimaschutz doch sehr überschaubar sind. Und wenn es nötig ist, wird der BUND den neuen Senat gern an dessen gute Vorsätze erinnern.

Wir wünschen Ihnen angenehme Lektüre und alles Gute im neuen Jahr!

Ch. Kühnel C. Preuß

„DEUTSCHLAND KANN SICH DAS LEISTEN“

Volker Quaschnig, Professor für Regenerative Energiesysteme, über kühl-schrankgroße Batterien, Biomasse in Bioqualität und eine Analogie zum Rauchverbot

BUNDzeit: Herr Prof. Quaschnig, was passiert, wenn man von heute auf morgen ein Braunkohlekraftwerk wie Jämschwalde abschaltet? Gehen dann in Berlin und Brandenburg die Lichter aus?

Volker Quaschnig: Nein, das mit Sicherheit nicht, schließlich produzieren wir mehr Strom in der Region, als wir verbrauchen. Auf ein Kraftwerk können wir darum problemlos verzichten. Es gibt aber auch Zeiten, in denen erneuerbare Energien nicht ausreichend verfügbar sind. Für solche Situationen fehlt es derzeit noch an geeigneten Speichern, um wirklich alle Kohlekraftwerke dauerhaft abschalten zu können. Das bedeutet: Wir müssen jetzt schnell in Speichertechnologien investieren und gleichzeitig gezielt aus der Kohleverstromung aussteigen.

Wie werden diese Speicher aussehen?

Es wird eine Kombination aus verschiedenen Speichern geben. Das können Batterien sein, die Sonnenstrom über Nacht speichern. Für Fotovoltaikmodule auf dem Dach eines Einfamilienhauses reicht eine Batterie in Größe eines Kühlchranks. Batterien haben den Vorteil, dass man sie direkt bei den Verbrauchern installieren kann. Für den Winter braucht man Power-to-Gas, das heißt man wandelt beizeiten überschüssigen Wind- oder Solarstrom in Gas um, das man in unterirdischen Speichern lagert. Solche Gasspeicher gibt es flächendeckend in Deutschland. Das Power-to-Gas-Verfahren ist erprobt, die Anlagen funktionieren einwandfrei und haben bereits recht gute Wirkungsgrade. Aber es gibt bislang viel zu wenig davon. Hier muss man nun ordentliche Stückzahlen bauen, um die Kosten zu senken.

Ein Argument gegen einen schnellen Ausstieg aus der Kohleverstromung lautet, man benötige fossile Kraftwerke als Reserve, falls Sonne und Wind ausfallen. Stimmt das?

Auf Dauer brauchen wir keine Reservekraftwerke. Das gilt aber erst, wenn wir bei einem hundertprozentigen Anteil der Erneuerbaren sind. Gegenwärtig sind wir erst bei 32 Prozent. Wir müssen also massiv ausbauen, und da ist die Windenergie die erste Option.

Oft hört man, es müssten neue Stromtrassen gebaut werden, um Windstrom von Norden nach Süden zu bringen. Wie viel Wahrheit und wie viel Dichtung steckt da drin?

Zehn Prozent Wahrheit, neunzig Prozent Dichtung. Dem Netzentwicklungsplan der Bundesregierung liegen falsche Annahmen zugrunde, nämlich dass wir auch im Jahr 2030 noch einen großen Anteil Kohlestrom im Netz haben werden – das passt nicht mit den Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen zusammen. Eigentlich weiß im Moment niemand, welche Leitungskapazitäten wir am Ende ohne die Kohlekraftwerke wirklich brauchen, da das von vielen Parametern abhängt.

Was kann Biomasse zur Strom-, Brennstoff- und Wärmeversorgung leisten, wenn man Probleme wie Monokulturen, Düngemittel, Energieverbrauch bei der Herstellung und Konkurrenz mit Lebensmitteln berücksichtigt?

Das Potenzial ist sehr begrenzt. Sinnvoll ist der Einsatz von Biomasse in manchen Sektoren, die sich nicht ohne Weiteres dekarbonisieren lassen, etwa der Flugverkehr. Beim motorisierten Individualverkehr sind Elektrofahrzeuge eindeutig vorzuziehen. Und was die Produktion angeht: Man kann verstärkt die Reststoffe aus der Nahrungsmittelproduktion verwenden. Oder man produziert Energiepflanzen ohne Pestizide und Dünger und nicht in Monokulturen, sozusagen Bio-Biomasse. Das würde teurer, aber Deutschland kann sich das leisten.

Wie viel Solarstrom könnte Berlin selbst herstellen?

Bundesweit ist ein Solaranteil von 30 Prozent im Strommix realistisch. In den Städten etwas weniger, eher um 20 Prozent. Aber momentan liegen wir in Berlin bei unter drei Prozent. Wenn man sich so umschaute, sieht man auf den Berliner Dächern noch so gut wie nichts von der Energiewende.

Was halten Sie für die größte Herausforderung für den Klimaschutz im urbanen Raum?

Da ist zum einen der Verkehrsbereich, in dem es nicht reicht, nur Schaufensterprojekte zur E-Mobilität zu machen. Hier müssen wir dringend über eine Maut für Benzin- und Dieselfahrzeuge nachdenken oder gar über ein generelles Fahrverbot in der Innenstadt. Und zum anderen der Gebäudebereich: Da sollten Baugenehmigungen nur erteilt werden, wenn die Neubauten klimaneutral sind.

Gerade bei der Mobilität stellt sich die Frage, ob die Energiewende nicht auch eine Lebensstilwende sein muss.

Lebensstiländerungen würden den Klimaschutz deutlich vereinfachen. Aber das betrifft auch andere Bereiche, etwa die Ernährung. Nun ist die Erwartung, dass wir alle plötzlich vegetarisch leben und nie wieder autofahren, wenig realistisch. Also sollte man einen Plan B bereit haben. Wenn die Menschen nicht bereit sind, ihren Lebensstil zu ändern, dann brauchen wir technische Lösungen. Die sind aber komplizierter und teurer als Verhaltensänderungen. Es handelt sich um Wenn-dann-Entscheidungen. Wenn wir ambitioniert in erneuerbare Energien investieren, dann schaffen wir den Klimaschutz. Wenn nicht, dann hat das bestimmte Folgen. Das muss man in der Gesellschaft diskutieren. Die Politik schreckt in vorseilendem Gehorsam vor bestimmten Maßnahmen zurück, weil sie glaubt, die Bevölkerung will zwar Klimaschutz, aber nicht die damit verbundenen Konsequenzen.

Wünschen Sie sich eine Volksabstimmung über den Klimaschutz?

Warum nicht? Ich könnte mir vorstellen, dass das anders ausgeht, als man immer so befürchtet. Denken Sie mal an das Rauchverbot in Gaststätten. Bevor es eingeführt wurde, hieß es, niemand würde es akzeptieren. Und stellen Sie sich jetzt vor, man wolle das Rauchverbot wieder abschaffen. Dagegen würde sich mit Sicherheit großer Widerstand formieren. Eine Volksabstimmung hätte den Vorteil, dass sich alle mit dem Thema auseinandersetzen müssen. Und am Ende hätten wir dann ein Rauchverbot für unsere Energieversorgung oder die Erkenntnis, dass der Mehrheit der Klimaschutz und dessen Folgen reichlich egal sind. Aber auch das wäre besser als das heutige Lippenbekenntnis zum Klimaschutz, ohne dafür auch nur ansatzweise die nötigen Maßnahmen zu ergreifen.

Das Gespräch führte Sebastian Petrich



Volker Quaschnig, geboren 1969, studierte Elektrotechnik in Karlsruhe und promovierte an der TU Berlin zur Verschattung von Fotovoltaiksystemen. Seit 2004 ist er Professor für Regenerative Energiesysteme an HTW Berlin. Sein Lehrbuch „Regenerative Energiesysteme: Elektrofahrzeuge, Berechnung, Simulation“ von 1998 erschien mittlerweile in der neunten Auflage und wurde ins Englische, Russische und Arabische übersetzt. Er betreibt einen eigenen Videokanal zu Klimaschutz- und Energiefragen unter www.youtube.com/c/VolkerQuaschnig.

ZUR PERSON

GLOSSAR

DEKARBONISIERUNG

Abkehr von der energetischen Nutzung fossiler kohlenstoffhaltiger Brennstoffe; Kohle, Gas, Öl. Dabei sind die fossilen Energieträger unterschiedlich klimaschädlich, wie der CO₂-Ausstoß je Kilowattstunde bei der Verstromung zeigt: 400 Gramm bei Braunkohle, 330 bei Steinkohle, 260 bei Heizöl, 200 bei Erdgas.

POWER TO GAS

Umwandlung von Strom in brennbare Gase, auch P2G abgekürzt. Mittels Elektrolyse wird elektrische Energie in Wasserstoff bzw. in einem weiteren Schritt in Methan umgewandelt. Beide Gase sind gut lagerbar und über das herkömmliche Gasnetz transportabel. Im Gegensatz zu Wasserstoff kann Methan in beliebiger Menge dem fossilen Erdgas beigemischt werden. Das Verfahren eignet sich, um momentan überschüssigen Strom aus regenerativen Quellen zu speichern, daher wird auch von Wind- oder Solargas gesprochen. Bei der Umwandlung geht allerdings bis zu 30 Prozent der Energie verloren.

MIETERSTROM

Dezentral hergestellter Strom, der nicht in das öffentliche Netz eingespeist, sondern am Erzeugungsort direkt an die Endverbraucher in Mehrfamilienhäusern geliefert wird. Energiequellen sind meistens Fotovoltaikanlagen, gelegentlich auch kleine Blockheizkraftwerke mit Gasbefeuerung. Bezieher von Mieterstrom leben aber nur in seltenen Fällen energieautark, vielmehr beziehen sie meistens ergänzenden Strom aus dem öffentlichen Netz. Mieterstromtarife sind in der Regel günstiger als herkömmliche Strompreise.

DIVESTMENT

Rückzug von Kapital aus bestimmten Investitionen, meistens gebraucht im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus Anlageformen, die in fossile Energien investieren.

MITMACHEN

BERLINER KLIMATAG

Zum dritten Mal findet Anfang Mai in der Hauptstadt der Klimatag mit vielen Ausstellern und einem bunten Programm statt.
Berlin, 7.5.2017
Ort, Uhrzeit und Details zu den einzelnen Veranstaltungen unter www.berliner-klimatag.de

BERLINER ENERGIECHECK

Wollen Sie überprüfen, ob Sie schon alle Möglichkeiten ausgereizt haben, Energie und damit auch Geld zu sparen? Dann holen Sie sich die vom BUND geschulten BeraterInnen des Berliner Energiechecks ins Haus. Der kostenlose Service richtet sich an Privathaushalte und kleine und mittlere Unternehmen. www.berliner-energiecheck.de

AK KLEE

Berlin im Fokus, den Rest der Welt aber immer im Blick: Der Arbeitskreis Klima und Erneuerbare Energien (AK KLEE) des Berliner BUND-Landesverbands engagiert sich für den Atomausstieg und den schnellen Abschied von den fossilen Energien. Neue MitstreiterInnen sind jederzeit willkommen! Der AK trifft sich mittwochs um 19:30 Uhr in der BUND-Landesgeschäftsstelle in der Crellstraße 35 in Berlin-Schöneberg.
Kontakt: 030 787900-0 oder akklee@BUND-Berlin.de
www.khle-nur-noch-zum-grillen.de

ENERGIEATLAS

Machen Sie sich selbst ein Bild davon, wo welche Energie hergestellt wird. Der Brandenburger Energie- und Klimaschutzatlas zeigt die Standorte aller Anlagen an, die Strom oder Wärme aus Wind, Wasser, Sonne, Biomasse gewinnen und ins öffentliche Netz einspeisen. Zudem sind fossile Kraftwerke inkl. Industriekraftwerke sowie Hochspannungsleitungen, Umspannwerke und Wärmenetze verzeichnet. eks.brandenburg.de

DIE POTSDAMER POSTFAKTISCHEN

Vertreter der Brandenburger Landesregierung werfen den Umweltverbänden gern ideologische Scheuklappen vor, wenn es um die Energiepolitik geht. Aber wie halten sie es selbst mit den Fakten? Der BUND unterzieht Äußerungen von Ministerpräsident Dietmar Woidke und Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (beide SPD) einem Realitätscheck.

Postfaktum Nr. 1

DIE ROLLE DEUTSCHLANDS AM KLIMAWANDEL HERUNTERSPIELEN

Weltweiter Klimaschutz sei notwendig, hob Minister Gerber hervor. Sorge bereite ihm aber „die Unwucht, die wir in der Energieidebatte feststellen“. Der deutsche Anteil am weltweiten Kohlendioxidstoß liege bei etwa zwei Prozent, der Anteil Chinas dagegen sei 15 Mal so hoch.

Albrecht Gerber
(Quelle: Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums, 6. 7. 2016)

Richtig ist: Mit dem höheren CO₂-Ausstoß Chinas den deutschen Anteil am Klimawandel herunterzuspielen, ist steinzeitlich: Genau solche heutigen und historischen Unterschiede wurden auf den zähen Klimaverhandlungen der letzten Jahrzehnte durchdiskutiert. Mit dem Ergebnis, dass jedes Land seinen Teil beitragen muss. Dem sollen sich Deutschland und insbesondere Brandenburg nach Minister Gerbers Willen jetzt verweigern. Fest steht: Ohne mittelfristigen Kohleausstieg wird Deutschland seine Klimaschutzziele nicht einhalten.

Postfaktum Nr. 2

DEN STRUKTURBRUCH HERAUF-BESCHWÖREN

Für eine gute Nachricht auf einer Konferenz irgendwo in Afrika [gemeint ist die UN-Klimakonferenz in Marrakesch im November 2016] hier bei uns 100.000 Arbeitsplätze zu riskieren – das darf nie wieder passieren!

Dietmar Woidke
(Quelle: Die Welt, 15. 12. 2016)

Richtig ist: Die Zahl 100.000 ist grob übertrieben. Die Gewerkschaft Verdi rechnet bei einem Kohleausstieg mit einem Verlust von maximal 30.000 Arbeitsplätzen in der Braun- und Steinkohle in ganz Deutschland. Mit „nie wieder“ spielt Woidke auf den Strukturbruch nach der Wiedervereinigung an. Ein Gutachten im Auftrag des brandenburgischen Wirtschaftsministeriums empfahl allerdings kürzlich „nicht der Versuchung nachzugeben, die drohende Verelendung der Region heraufzubeschwören“. Eine ökonomische Katastrophe wie in den 1990er Jahren drohe nicht.

Es gibt eine Zahl von Prognos, die das gesamte Lausitzer Revier betrifft, die von rund 30.000 Arbeitsplätzen spricht.

Albrecht Gerber
(BRB, 26. 3. 2015)

Richtig ist: Die Zahl 30.000 bezieht sich auf ganz Ostdeutschland und stammt aus einer von Vattenfall bezahlten Studie, die sehr viele indirekte Arbeitsplätze einrechnet. Eine von Gerbers eigenem Ministerium beauftragte Studie geht für 2015 von folgenden Zahlen aus: 9.300 Arbeitsplätze in der Brandenburger Braunkohleindustrie, davon 3.500 indirekte Arbeitsplätze. Dies ist immer noch eine hohe Zahl, aber anstatt Ängste zu schüren und sich dem Strukturwandel zu verweigern, wäre jetzt die Festlegung auf einen schrittweisen Ausstieg, auf den sich alle Beteiligten einstellen können, und Initiative für die Zeit nach der Braunkohle gefragt.

Postfaktum Nr. 3

DIE ÄLTESTEN DRECKSCHLEUDERN ALS NEUESTE TECHNIK VERKAUFEN

Die Kraftwerke in der Lausitz sind modernisiert worden und gehören zu den effizientesten in Deutschland.

Albrecht Gerber
(Quelle: PNN, 30. 12. 2015)

Richtig ist: Braunkohlekraftwerke sind mit Abstand die ineffizientesten Kraftwerke. Das in den 80ern in Betrieb genommene Kraftwerk Jämschwalde bei Cottbus hat trotz Modernisierungen einen Wirkungsgrad von nur 36 Prozent. Über 60 Prozent der Energie entweicht ungenutzt durch die Kühltürme: „Wolkenproduktionsmaschine“ wäre das passendere Wort. Die beiden brandenburgischen Braunkohlekraftwerke Jämschwalde (Platz 4) und Schwarze Pumpe (Platz 10) finden sich unter den Top10 der CO₂-Schleudern Europas.



Foto: Rainer Weisling (Bundesarchiv)

Maschinistinnen des Braunkohlekraftwerks Jämschwalde bei der Milchpause Mitte der 80er. Der älteste Block des Kraftwerks, das für Wirtschaftsminister Gerber zu den effizientesten in Deutschland zählt, wurde 1981 in Betrieb genommen.

Postfaktum Nr. 4

DIE BRAUNKOHL ALS BILLIG UND VERLÄSSLICH DARSTELLEN

Nach dem Atomausstieg den letzten verlässlichen und bezahlbaren Energieträger aus dem Netz zu nehmen, wäre grob fahrlässig.

Dietmar Woidke
(Quelle: Der Prignitzer, 3. 1. 2017)

Richtig ist: Noch spielt die Braunkohle eine wichtige Rolle, wenn die Erneuerbaren wetterbedingt nur wenig Strom liefern. Das könnten aber auch die bestehenden Gaskraftwerke übernehmen. Als Partner der schwankenden Erzeugung aus erneuerbaren Energien sind sie besser geeignet als die schwer regelbaren Kohlekraftwerke. Ihr Betrieb lohnt sich aufgrund der hohen Überkapazitäten und billigen CO₂-Zertifikate aber derzeit nicht. Der Kohleausstieg löst dieses Problem. Teurer würde das nicht unbedingt: Wenn Gas künftig vermehrt in Kraftwerken mit höchst effizienter Kraft-Wärme-Kopplung genutzt wird, braucht man nicht viel mehr Gas als heute. Und Braunkohle ist nur dann billig, wenn man Verockerung der Spree, Luftverschmutzung und Klimawandel nicht einberechnet.

Postfaktum Nr. 5

ÜBER FEHLENDE SPEICHER JAMMERN, OHNE DAS PROBLEM LÖSEN ZU WOLLEN

Die Braunkohle wird so lange gebraucht, bis die erneuerbaren Energien wirklich zuverlässig sind. Dazu gehört insbesondere die Speichertechnologie, die es in der notwendigen Form noch nicht gibt.

Dietmar Woidke
(Quelle: Der Prignitzer, 3. 1. 2017)

Richtig ist: Um die Energieversorgung bis 2050 auf 100 Prozent Erneuerbare umzustellen, braucht man Speicher. Laut dem Netzbetreiber 50hertz sind Speicher aber erst ab 2030 oder sogar 2040 nötig, wenn die Erneuerbaren einen Anteil von 70 oder 80 Prozent haben. Bis dahin wäre Zeit, die Technik zu entwickeln. Dazu müssen jetzt die Weichen gestellt werden. Brandenburg hat jedoch noch keine Initiative ergriffen, etwa um die Förderung von Speichern im EEG zu verankern. Der Ministerpräsident zäumt das Pferd von hinten auf: Erst wenn ein festes Ausstiegsdatum festgelegt wird, herrscht Planungssicherheit und der Anreiz, Lösungen zu entwickeln. Übrigens: Neue Braunkohletagebaue wie der 2014 beschlossene Tagebau Welzow-Süd II werden ganz sicher nicht mehr gebraucht. Die bereits genehmigten Vorräte reichen locker bis in die 2030er Jahre.

Postfaktum Nr. 6

DIE BEDEUTUNG DER ERNEUERBAREN KLEINRECHNEN

Auf den gesamten Energieverbrauch Deutschlands bezogen, haben die Erneuerbaren derzeit nur einen Anteil von knapp über elf Prozent. [...] Und das nach 25 Jahren Förderung der erneuerbaren Energien über das Stromerzeugungsgesetz von 1991 und das EEG. Wir haben noch einen sehr, sehr weiten Weg vor uns.

Albrecht Gerber
(Quelle: klimarettter.info, 10. 4. 2016)

Richtig ist: Minister Gerber nutzt den Endenergieverbrauch, um den Anteil der Erneuerbaren möglichst klein darzustellen. So gerechnet spielt auch die Braunkohle mit sechs Prozent am Endenergieverbrauch nur eine kleine Rolle. Sehr sinnvoll sind beide Zahlen an dieser Stelle nicht. Sie zeigen nur, dass wir bei Wärme- und Verkehrswende einen langen Weg vor uns haben. Die Braunkohle liefert hauptsächlich Strom, und an der Bruttostromerzeugung haben die Erneuerbaren in Deutschland schon einen Anteil von 32 Prozent. Den Rest gilt es nun (Atomenergie bis 2022, Braunkohle bis 2030, Steinkohle bis 2040 und fossiles Gas bis 2050) durch Erneuerbare zu ersetzen oder besser noch einzusparen!

Michaela Kruse und Axel Kruschat



Foto: Queryza, CC-BY-SA 4.0

Hier steht zwar keine Messstation, die Stickstoffdioxidbelastung dürfte aber dennoch zu hoch sein: Badstraße kurz hinter der Brücke über die Panke.

STOFF ZUM ERSTICKEN

Berlin kriegt die Stickstoffdioxidbelastung nicht in den Griff. Auch 2016 stieß der Verkehr mehr NO₂ aus als erlaubt.

Hardenbergplatz, Silbersteinstraße, Karl-Marx-Allee, Mariendorfer Damm, Schildhornstraße und Frankfurter Allee: An diesen sechs Messstationen wurden die zulässigen Jahresmittelgrenzwerte teilweise deutlich überschritten. Dass die dauerhaften Grenzwertüberschreitungen in Berlin und rund zwei Dutzend anderen deutschen Städten zu einem EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik und Strafzahlungen im dreistelligen Millionenbereich führen könnten, ist ein Problem. Ein viel größeres aber sind die Atemwegserkrankungen und Herz-Kreislauf-Krankheiten, die von hohen NO₂-Konzentrationen herrühren. Die Europäische Umweltagentur geht davon aus, dass der NO₂-Ausstoß für etwa 10.000 Todesfälle allein in Deutschland verantwortlich ist. Auch andere Teile des Ökosystems leiden darunter: Böden und Gewässer versauern, Pflanzen welken und altern vorzeitig.

Die Grüne Plakette, die das Fahren in der Umweltzone erlaubt und nur Euronorm 4 voraussetzt, hilft hier nicht, da sie nur Feinstaub, nicht aber NO₂ berücksichtigt. Deshalb ist der BUND für die Einführung der Blauen Plakette, die die Euronorm 6 mit einer maximalen NO₂-Emission von 80 Milligramm je 100 Kilometer zur Bedingung macht. Was eine solche Regelung bewirken könnte, hat sich am Hardenbergplatz gezeigt.

Seit die BVG auf den dort verkehrenden Buslinien nur noch Fahrzeuge einsetzt, die die Euronorm 6 tatsächlich einhalten, ist die NO₂-Belastung um zehn Mikrogramm zurückgegangen.

Die Blaue Plakette allein reicht aber nicht. Zum einen wird es zu lange dauern, bis sie tatsächlich eingeführt ist. Zum anderen weiß man mittlerweile, dass die Autobauer die Schadstoffwerte ihrer Produkte systematisch manipulieren. Deshalb müssen zuverlässig und schnell wirkende Maßnahmen her, vor allem Geschwindigkeitsbegrenzungen an den betroffenen Hauptverkehrsstraßen. Genau das sieht eigentlich der Luftreinhalteplan von 2013 vor. Statt diesen Plan einzuhalten, hatte es der alte Senat vorgezogen, sich vom BUND verklagen zu lassen und zu verlieren. Noch ist das wegweisende Urteil zur Einrichtung von Tempo 30 auf der Berliner Allee in Weißensee nicht rechtskräftig. Angesichts der Mobilitätswende, die Rot-Rot-Grün in seinem Koalitionsvertrag angekündigt hat, gibt es aber die Hoffnung, dass der Senat einige kurz- und mittelfristig wirksame Schritte zur NO₂-Reduzierung unternimmt: stärkere Kontrolle der bestehenden Durchfahrtsverbote für Lkw, schnellere Anschaffung sauberer Busse für die BVG und zügigen Bau der neuen Straßenbahnlinien, die Busse ersetzen.

Mehr dazu im BUND-Blog unter www.umweltzoneberlin.de

EINE FRAGE DES MANAGEMENTS

Weil Krankenhäuser zu den großen Energieverbrauchern zählen, schult der BUND Klinikangestellte im Klimamanagement.

Während die Politik bestenfalls gerade beginnt, Konsequenzen aus den Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens zu ziehen, packen immer mehr praktisch veranlagte Menschen selbst an, um den CO₂-Ausstoß in ihrem Arbeitsumfeld zu reduzieren. So auch ausgewählte Beschäftigte von 51 Gesundheitseinrichtungen, die sich in dem von BUND und der Stiftung viamedica organisierten Projekt „KLIK – Klimamanager für Kliniken“ zu KlimamanagerInnen qualifiziert haben. Sie haben unter anderem die Aufgabe, Energieeinsparpotenziale in ihren Einrichtungen zu identifizieren, Belegschaft und Klinikleitung über Klimaschutzfragen zu informieren und Bau- und Modernisierungsmaßnahmen auf ihre Klimawirkung zu überprüfen. Ihre Arbeit trägt Früchte: Seit Projektbeginn 2014 haben die beteiligten Häuser pro Jahr zusammen 11.500 Tonnen CO₂ eingespart und ihre Energiekosten um insgesamt drei Millionen Euro gesenkt. Als der Sektor mit dem größten Reduktionspotenzial erwies sich die Lüftung (3.000 Tonnen), gefolgt von Beleuchtung (2.700) und Heizung (2.300 Tonnen). Das Gesundheitswesen leidet unter einem Modernisierungstau. Wenn Krankenhäuser und Rehakliniken Gelder erhielten, um ihre Gebäude und Technik auf den neuesten Stand zu bringen, könnten sie bundesweit einen CO₂-Ausstoß von rund sechs Millionen Tonnen im Jahr vermeiden – das entspricht den gesamten Treibhausgasemissionen eines Staats wie Ruanda oder den Seychellen oder von zwei bis drei Berliner Bezirken. Wissen über Klimaschutzereignisse verbreiten die Datenbank mit Best-Practice-Beispielen und der KLIK-Leitfaden; beide Veröffentlichungen finden sich auf der Internetseite des Projekts. Schulungen und Workshop werden 2017 ausgeweitet.

Doch es gibt auch andere Leuchttürme im Gesundheitswesen, die der BUND nach strengen Kriterien mit dem Gütesiegel „Energie sparendes Krankenhaus“ auszeichnet. Mitte Januar erhielt mit dem St. Joseph in Tempelhof die 45. Klinik bundesweit und die elfte in Berlin das Siegel. Das Spital hat seine CO₂-Emissionen zwischen 2011 und 2016 um 33 Prozent reduziert (Gesamteinsparung: 2.199 Tonnen jährlich). Dazu ging das St. Joseph eine Energiesparpartnerschaft mit einem Energiedienstleister ein, stellte die Heizung von Öl auf Gas um, installierte ein Blockheizkraftwerk, sanierte einige Gebäudeteile und optimierte die Technik – alles gemeinsam mit engagiertem Personal.

www.KLIK-Krankenhaus.de
www.energiesparendes-krankenhaus.de
Mehr dazu im BUND-Blog unter www.umweltzoneberlin.de

Wartung des Blockheizkraftwerks im Tempelhofer St. Joseph Krankenhaus



Foto: St. Joseph Krankenhaus Tempelhof

INFO

WIESENHOF AUSBREMSEN

Im Königs Wusterhausener Ortsteil Niederlehme hat die Märkische Geflügelhof-Spezialitäten GmbH, die dem Werder-Bremen-Sponsor Wiesenhof gehört, die Erweiterung ihres Schlachtbetriebs beantragt. Statt wie bisher 190 Tonnen Lebendgewicht soll die Schlachtleistung künftig 352 Tonnen täglich betragen, das sind bis zu 240.000 geschlachtete Hähnchen pro Tag. Für die Menschen in der Umgebung bedeutet das noch mehr Geruchs- und Verkehrsbelastung als bisher und für den örtlichen Wasserhaushalt große Probleme, da Wiesenhof nach einer Erweiterung eine Million Liter Wasser täglich verbraucht. Der BUND beteiligt sich an den Einwendungen gegen das Vorhaben und unterstützt die örtliche Bürgerinitiative. Die Planungsunterlagen liegen bis zum 20.2.2017 aus, Einwendungen können bis zum 6.3.2017 erhoben werden. Der Erörterungstermin findet am 30.3.2017 statt. www.kw-stinkts.de

STOPPT DEN MEGASTALL

Wenn Sie wissen möchten, was die Fleischindustrie rund um Berlin plant und was dagegen unternommen wird, werfen Sie bitte einen Blick auf die Rubrik „Stoppt den Megastall“ unter www.volksbegehren-massentierhaltung.de

VOGELFREUNDLICHES MUSEUM

Während die Öffentlichkeit sich das Maul über den siegreichen Entwurf für das Museum des 20. Jahrhunderts zerriss („überdimensionierte Scheune“, „Kunst-Lidl“), fand ein bemerkenswertes Detail wenig Beachtung: Herzog ft Meurons Entwurf berücksichtigt mit einer speziellen Fassadengestaltung das Problem des Vogelschlags. Der BUND hatte den Bauherrn Stiftung Preußischer Kulturbesitz davon überzeugen können, vogelfreundliche Fassaden in die Ausschreibungsbedingungen aufzunehmen.

TERMINE

JUGENLEITER*IN WERDEN

Die einwöchige Schulung richtet sich an Jugendliche ab 16, die Spaß daran haben, Jugendgruppen zu leiten. Damit sie sich gegenüber Kooperationspartnern oder den Eltern minderjähriger Teilnehmer*innen ausweisen können, bekommen sie nach einer einwöchigen Schulung die JugendleiterInCard, kurz JuLeiCa. Die JuLeiCa-Schulungen der BUNDjugend legen ihren Schwerpunkt auf Umweltbildungsarbeit. 4.–10.3.2017, Berlin juleica@BUNDjugend-berlin.de
24.–26.3.2017 (Teil 1), Schlaubermühle,
3.–5.5.2017 (Teil 2), Spreewaldwerkstatt mail@BUNDjugend-brandenburg.de

SCHÜLERUNI

In unterschiedlichen Veranstaltungen lernen Schüler*innen der 5. und 6. Klasse Spannendes rund um das Thema Nachhaltigkeit. Auch die BUNDjugend ist als Workshopveranstalterin bei der SchülerUni dabei. 13.–17.3.2017, FU Berlin www.fu-berlin.de/sites/schueleruni/index.html

MITGLIEDERVOLLVERSAMMLUNG

Einmal im Jahr bestimmt die Mitgliedervollversammlung (MVV) den Kurs der Berliner BUNDjugend. Diesmal geht es auch um die Neuwahl des Vorstands und der Bundesdelegierten. Alle BUND-Mitglieder unter 27 sind automatisch auch BUNDjugend-Mitglieder, außerdem dürfen auch Aktive ohne Mitgliedschaft an allen Abstimmungen teilnehmen. 19.3.2017, 11 Uhr, BUNDjugend Berlin, Erich-Weinert-Straße 82, Berlin, Prenzlauer Berg

NATURTAGEBUCH

Anfang März startet der Wettbewerb Naturtagebuch: Junge Forscher*innen zwischen 8 und 12 Jahren sind aufgefordert, von Frühling bis Herbst ihre Naturbeobachtungen festzuhalten; dieses Naturtagebuch kann gemalt, geschrieben, fotografiert oder gefilmt werden. Man kann auch später damit anfangen und muss sich nicht anmelden. Das fertige Naturtagebuch schickst du bis 31.10.2017 an BUNDjugend Brandenburg, Friedrich-Ebert-Straße 114a, 14469 Potsdam



ESSEN AUF ZWEI RÄDERN – DAS GESCHÄFT MIT DER BEQUEMLICHKEIT

Berlin, 19:30 Uhr. Es ist kalt, nass, windig. Wer auf die Straße muss, eilt in einen dicken Mantel gehüllt zur Bahn. Doch halt! Eine türkisarbene Gestalt bricht aus dem Dunkel hervor und rauscht mit dem Rennrad vorbei. Knapp dahinter jemand anderes in Knallpink. Beide tragen riesige würfelförmige Boxen auf dem Rücken.

Es sind natürlich Fahrradkuriere, und sie arbeiten für deliveroo und foodora. Die beiden aufstrebenden Unternehmen haben ein ähnliches Konzept: Essen liefern in einem Umkreis von maximal zwei Kilometern um die Restaurants, „um die Speisen so frisch wie möglich zum Kunden zu bringen“, meint Katharina Kalb aus foodoras Presseabteilung. Dieser Radius kann per Rad bewältigt werden, weniger als drei Prozent der Fahrer*innen benutzen motorisierte Fahrzeuge. Abgase werden so fast komplett vermieden. Können wir also guten ökologischen Gewissens über diese Dienste Essen bestellen? Unsere Redaktion nimmt das System etwas genauer unter die Lupe.



Ob Brot in Kairo, ...



... Milch in Kalkutta oder



... Bananen in Uganda: Lebensmitteltransport per Rad ist Alltag.



Für Berlin ist aber neu, dass Restaurants ohne Auto liefern lassen.

Flexible Fahrer*innen

Was bewegt Menschen dazu, bei Eiseskälte mit nichts als einer warmen Pizza auf dem Rücken durch Berlin zu brausen? deliveroo-Fahradkurier Robert* erzählt uns, durch den Job bleibe er in Bewegung und es gebe immer etwas Interessantes zu sehen. Außerdem seien die Arbeitszeiten sehr flexibel. Wie alle Fahrer*innen nimmt Robert seine Aufträge selbst per App entgegen – oder lehnt sie ab.

Und was, wenn er mal nicht schnell genug mit seiner Lieferung ankommt? Robert antwortet, das Auftragsystem sei nicht sehr übersichtlich. Daher sei es für deliveroo nicht immer nachvollziehbar, ob das Essen rechtzeitig zugestellt werde. Für die Fahrer*innen mag das beruhigend sein – für die Kund*innen ist es jedoch ärgerlich, wenn das Essen zu spät und obendrein kalt ankommt. foodora behauptet, dazu komme es „kaum bis gar nicht“. Stimmt das?

Kochen für deliveroo

Ich bin im DaGiorgio's, einem italienischen Restaurant im Wedding, in dem ich schon mehrmals sehr gute vegane Pizzen gegessen habe. Heute esse ich aber nichts, sondern treffe mich mit Dennis, der dem Inhaber beratend zur Seite steht. Das Restaurant ist seit etwa einem Jahr deliveroo-Partner und bezieht mittlerweile etwa die Hälfte der Einnahmen aus Lieferaufträgen. Dennis ist trotzdem nicht mehr begeistert vom System. „Wir hatten fünf Rechnungen, für die am Ende kein Fahrer da war“, berichtet er. „Einmal hat ein Fahrer eine halbe Stunde draußen vor dem Laden gewartet, obwohl das Essen schon fertig war.“ Die Pizzen wurden kalt, die Kund*innen ärgerlich. Zu allem Überfluss blieb das Restaurant zunächst auf den Kosten sitzen. „Erst aufgrund der Ankündigung, dass wir jetzt ein Interview mit dir haben, hat deliveroo die Bezahlung vorgenommen.“ Etwa dreißig Prozent der Einnahmen pro Lieferung gehen normalerweise an deliveroo. Dass man erst mit der Presse drohen muss, damit Geld für eine Dienstleistung zurücküberwiesen wird, die gar nicht stattgefunden hat, erscheint bedenklich. Das DaGiorgio's-Team überlegt, demnächst auf einen hauseigenen Lieferdienst umzusteigen.

*Name geändert



Links: Kleine Brücke vor kleinem Biberdamm nahe Kolonie Briese Rechts: Großer Biberdamm vor aufgestauter Briese

EIN TAL FÜR JEDE JAHRESZEIT

Nur 16 Kilometer misst die Briese von ihrer Quelle im Wandlitzsee bis zur Mündung in die Havel. Doch die haben es in sich, was Naturerlebnisse angeht.

„Bitte eine Minute Ruhe bewahren, nachdem der letzte Ton verklungen ist“, verlangt die Gebrauchsanweisung des Waldxylophons. Und tatsächlich: Während man über den Sinn dieser Anordnung grübelt, hört man nicht allzu weit entfernt Vogelschwingen schlagen. Sollten die Tiere tatsächlich vor ein paar dilettantischen Takten geflohen sein? Schwer vorstellbar, schließlich sind wir wohl kaum die ersten Xylophonspieler und mit Sicherheit nicht die ersten Spaziergänger auf dem Walderlebnispfad im Briesetal an diesem verschneiten Wintertag. Aber offensichtlich bedarf es dieses Kunstgriffs, um sich einmal ganz bewusst auf die Waldgeräusche zu konzentrieren. Dabei gibt es entlang des Flüsschens immer wieder Interessantes zu hören. Meistens sind es Vögel, die trotz des winterlich ausgedünnten Grüns nicht immer gut zu sehen sind. Umso faszinierender, wenn sich der Verursacher des Geräusches beobachten lässt, wie etwa der Schwarzspecht, der wenige Meter unter der Krone einer Erle sitzt und mit seinem Klopfen minutenlang das ganze Tal beschallt.

Um den Schwarzspecht zu hören, bräuchte es wohl kein Waldxylophon. Aber das Briesetal kann noch mit ganz anderen Attraktionen aufwarten. Auf dem Weg von der Kolonie Briese zur Hubertusbrücke taucht nach etwa einem Kilometer ein massiver Staudamm auf. Einige lange Holzstämmen liegen quer zur Fließrichtung, etliche kleinere Äste und Zweige wurden sorgsam darüber aufgeschichtet. Oberhalb des rund einen halben Meter hohen Staudamms weitet sich die Briese zu einem kleinen See. Die Staumauer ist so gerade, als hätte man sie mit dem Lineal gezogen. Moment mal: Bauen Biber wirklich so akkurat? Kommt nach den Fake-News im Internet

jetzt die Fake-Natur, fragen sich misstrauische Zeitgenossen und suchen die Umgebung nach frischen Fressspuren ab. Will sich hier jemand beim Biber anbieten? Oder handelt es sich um das naturpädagogische Highlight des Walderlebnispfades – offenbar nötig in einer Zeit, in der die nachwachsende Generation den Biber nur als Popsternchen kennt und ihn folglich auch so schreibt?

Hinzugezogene Experten versichern aber glaubwürdig, dass das Briesetal seit Jahren Biberland ist, auch wenn niemand genau weiß, wie viele Tiere dort leben. In Birkenwerder, dem einzigen Örtchen, durch das die Briese fließt, wurden die seltenen und nachtaktiven Nager sogar schon am helllichten Tage gesichtet. Ihr dortiger Damm hat einen Spazierweg unter Wasser gesetzt, so dass dieser momentan nicht begehbar ist. Wesentlich interessanter ist die Briese aber ohnehin zwischen dem Ortsteil Kolonie Briese und der Schlagbrücke, wo sie sich durch einen Mischwald schlängelt, der beiderseits des Ufers von in der Eiszeit entstandenen Hängen eingesäumt ist. Dieser vier Kilometer lange Abschnitt eignet sich zu jeder Jahreszeit hervorragend als Rundweg, da über das nördliche wie über das südliche Ufer Wanderwege verlaufen. Zusätzlich erlaubt es auf halber Strecke die Hubertusbrücke, die Flussseite zu wechseln. Anfahrt: Mit der S-Bahn nach Borgsdorf, von dort zu Fuß zweieinhalb Kilometer auf die Friedensallee entlang, auf der auch der Radweg Berlin–Kopenhagen verläuft. Wem diese Tour zu kurz ist, kann der Briese flussaufwärts bis nach Zühlsdorf oder Wandlitz folgen, von wo aus die Heidekrautbahn nach Buch oder Gesundbrunnen fährt. *sp*

ÖKOTIPP: ZU ÖKOSTROM WECHSELN

Rund zwei Drittel der BundesbürgerInnen können sich laut Umfragen vorstellen, zu einem Ökostromanbieter zu wechseln, aber nur 17 Prozent beziehen tatsächlich Strom aus regenerativen Quellen, wobei es in Berlin immerhin schon 28 Prozent sind. Aber was hindert die anderen, ebenfalls umzusteigen? Der Anbieterwechsel ist das kleinste Problem. Der neue Stromversorger kümmert sich kostenlos um die Kündigung beim bisherigen Anbieter. Die Wechselwilligen müssen lediglich ein Onlineformular ausfüllen und abschicken. Und so mancher Ökostromtarif ist preislich günstiger als die atomar-fossile Konkurrenz.

Aber welchen Ökostrom nehmen? Der Begriff ist nicht geschützt, daher bieten manche Unternehmen unter diesem Namen Strom an, der gerade einmal zur Hälfte aus Wind, Wasser, Sonne oder Biomasse gewonnen wird. Andere stellen ihn in uralten Wasserkraftwerken her und investieren nicht in neue Anlagen – das bringt den Klimaschutz nicht voran. Wenig hilfreich ist zudem, wenn der Strom aus regenerativen Quellen dem Kerngeschäft aus Kohle, Gas, Öl und Atomkraft lediglich ein grünes Mäntelchen umhängt, wie es bei den Ökotarifen von Vattenfall, RWE, EnBW und Eon der Fall ist. Diese Fragen selbst zu klären, erfordert ein bisschen Recherchearbeit. Wer sich diese sparen will, kann sich an Labels orientieren. Aber bitte am richtigen! Von dem halben Dutzend Ökostrom-Labels empfiehlt der BUND mit dem Grüner-Strom-Label (GSL) nur eines uneingeschränkt. Alle mit diesem Gütesiegel ausgezeichneten Tarife können Sie bedenkenlos wählen. Allerdings bildet das Label nicht die komplette Marktvielfalt



Das Ökostromlabel der Umweltverbände



der Ökostrombranche ab, denn zertifiziert wird nur, wer sich zertifizieren lässt. Aus unterschiedlichen Gründen verzichten einige Ökostromanbieter auf die Zertifizierung. Diese Anbieter, die schon seit Jahren in die Energiewende investieren, tauchen dafür auf der Eco-Top-Ten-Liste des Freiburger Öko-Instituts auf. Den dort aufgeführten Bewertungen können Sie guten Gewissens vertrauen.

Unter den empfehlenswerten Ökostromtarifen finden sich Angebote verschiedener Stadtwerke. Das neue Berliner Stadtwerk ist allerdings nicht darunter. Bislang hat es sich nicht um das GSL bemüht und würde es auch nicht bekommen, da es Unterkapazitäten mit eingekauftem Graustrom ausgleicht. Erst wenn das Stadtwerk, wie vom neuen Senat versprochen, tatsächlich Ökostrom handeln darf und sich mit dem GSL zertifizieren lässt, kann zum Bezug seines Stroms geraten werden.

www.gruenerstromlabel.de

www.ecotopfen.de/strom/oekostrom-tarife

NATUR ERLEBEN

INFO

WENIGER ALLEEBÄUME

Die „grünen Tunnel“ in der Mark bekommen immer mehr Löcher. Seit 2007 wird nicht mehr jeder gefällte Alleebaum durch einen neu gepflanzten ersetzt, vielmehr gilt ein jährliches Pflanzziel von 5.000 Bäumen, das entspricht rund 30 Alleekilometern. 2015 wurden aber lediglich 2.833 Bäume gepflanzt, während 3.147 der Säge zum Opfer fielen. Seit 2008 wurden 10.889 Bäume (72 Alleekilometer) weniger als vorgesehen gepflanzt. Hintergrund der mageren Bilanz: Um Unfälle zu vermeiden, sollen neu gepflanzte Bäume einen Abstand von viereinhalb Metern zum Fahrbahnrand haben. Viele Grundstückseigentümer weigern sich aber, die Fläche zur Verfügung zu stellen. Und selbst wenn sie es tun, gelingt es nicht, den Kronenschluss über der Straße zu erreichen, weil die Distanz zu groß ist.

BODENRUCKSACK

Welche Tiere wohnen auf und im Boden? Warum gibt es verschiedene Bodenschichten und Bodenfarben? Wie wichtig ist der Boden für unsere Zukunft? Dies und mehr hilft der „Abenteurer-Boden“-Rucksack des BUND zu erklären. Er ist u. a. mit Becherlupen, Bestimmungskarten, Sieben und natürlich einem Methodenhandbuch gepackt und richtet sich v. a. an Kinder im Grundschulalter. Mehr Infos und Ausleihe unter: mail@BUNDjugend-brandenburg.de, 0331 9511971

STAUENMARKT

Der BUND ist u. a. mit Apfelsaft und Honig auf dem Staudenmarkt vertreten. 1./2.4.2017, Botanischer Garten, Berlin-Dahlem www.berliner-staudenmarkt.de

ÖKOROUTINE

Michael Kopatz, Forscher am Wuppertal Institut, liest aus seinem neuen Buch „Ökoroutine: Damit wir tun, was wir für richtig halten“ 5.4.2017, 17:30 Uhr, GLS Bank, Schumannstraße 10, 10117 Berlin-Mitte

HERAUSGEBER

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Berlin e.V. Crellestr. 35 10827 Berlin www.BUND-Berlin.de und Landesverband Brandenburg e.V. Friedrich-Ebert-Str. 114a 14467 Potsdam www.BUND-Brandenburg.de

KONTAKT

Tel. 030 787900-0 E-Mail: redaktion@BUNDzeit.de www.BUNDzeit.de

REDAKTION

Sebastian Petrich (sp) Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P.

MARKETING & VERTRIEB

Thorsten Edler

ANZEIGEN

Tel. 030 787900-42 E-Mail: anzeigen@BUNDzeit.de

DRUCK

apm alpha print medien AG Kleyerstraße 3 64295 Darmstadt www.apm.ag

GESTALTUNG

sujet.design www.sujet.de/sign

Erscheinungsweise: vierteljährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

AUFLAGE

30.000 Gedruckt auf Ultra Lux semiglos, 100% Recycling

Die nächste BUNDzeit erscheint Anfang Mai 2017. Anzeigenschluss ist der 23. März 2017.

SPENDENKONTO

BUND Berlin Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE51 1002 0500 0003 2888 00 BIC: BFSWDE33BER

BUND Brandenburg GLS Bank IBAN: DE24 4306 0967 1153 2782 00 BIC: GENODEM1GLS

Erbschaften an den BUND sind nach §13 ErbStG von der Erbschaftssteuer befreit. Fordern Sie unsere Informationsmaterialien an: erbschaftsratgeber@BUND-Berlin.de



LAUSIGE LEUCHTEN

Kennen Sie auch ein paar von diesen schummrigen Straßenlaternen, die nachts (und vielleicht sogar tagsüber) vor sich hinleuchten, aber so schwach oder wenig zielgerichtet sind, dass sie nichts und niemandem nützen? Dann helfen Sie uns bitte, das zu ändern!

Etwa die Hälfte des Stromverbrauchs geht bei den deutschen Städten und Gemeinden auf das Konto der Straßenbeleuchtung. Eine Studie der TU Darmstadt hat ermittelt, dass bis zu 60 Prozent der Laternen aus den 60er Jahren stammt. Mehr als ein Drittel der Leuchten wird mit Quecksilberdampf betrieben. Diese Form der Lichterzeugung ist so wenig effizient, dass sie in der EU seit 2015 nicht mehr neu installiert werden darf. Ineffiziente Leuchten sind nicht nur klimaschädlich und eine Belastung für die öffentlichen Kassen, sondern auch ein Sicherheitsproblem für alle, die nach Sonnenuntergang zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind. Gut ausgerichtete Straßenlaternen leuchten nicht nach oben in den Nachthimmel, sondern nach unten auf den Boden, das kommt auch Vögeln und Insekten zugute, deren Lebensweisen von zu viel Licht durcheinander gebracht werden.

Damit Sie nicht wegen einer einzelnen lausigen Leuchte beim zuständigen Amt vorstellig werden (und die zuständige Stelle erst einmal ausfindig machen) müssen, hat der BUND ein praktisches Online-Formular eingerichtet. Dort beschreiben Sie kurz das Problem, nennen die Zahl der Leuchten und deren Standort und klicken auf „Absenden“. Den Rest übernimmt der BUND. Wir sammeln die Meldungen und leiten sie an diejenigen weiter, die sich von Amts wegen darum kümmern müssen. Außerdem tragen wir die Funzeln auf der unserer Energiefresser-Mitmachkarte ein. Dort sind neben ineffizienter Straßenbeleuchtung auch offene Gewerkekühlschränke, Hindernisse im Radverkehr und Heizpilze eingetragen:

www.BUND.net/mitmachen/energiefresser-verbannen/mitmachkarte

Zum Formular: www.kurzlink.de/lausige-leuchten



DEKARBONISIERUNG IN ZAHLEN

Nettoerzeugung ohne industrielle Erzeugung für den Eigenverbrauch in Deutschland (2016) stammt aus ...

... Braunkohle (in Prozent):	24,5
... Steinkohle (in Prozent):	18,5
... Atomkraft (in Prozent):	14,6
... Windkraft (in Prozent):	14,2
... Biomasse (in Prozent):	8,9
... Erdgas (in Prozent):	7,9
... Solarkraft (in Prozent):	6,9
... Wasserkraft (in Prozent):	4,1
... Sonstigen Quellen:	0,4

Ökostromproduktion gesamt (EEG-vergütet) ...

... in Berlin (in Megawattstunden/Jahr):	264.821
... in Brandenburg (in MWh/a):	14.630.662
... bundesweit (in MWh/a):	160.800.639

Stromproduktion aus Solarkraft (EEG-vergütet, Stand 2015) ...

... in Berlin (in MWh/a):	60.682
... in Brandenburg (in MWh/a):	2.495.655
... bundesweit (in MWh/a):	34.671.675

Stromproduktion aus Windkraft (EEG-vergütet) ...

... in Berlin (in MWh/a):	5.171
... in Brandenburg (in MWh/a):	9.657.292
... bundesweit (in MWh/a):	77.012.373

Stromproduktion aus Wasserkraft (EEG-vergütet) ...

... in Berlin (in MWh/a):	0
... in Brandenburg (in MWh/a):	21.103
... bundesweit (in MWh/a):	6.732.078

Stromproduktion aus Biomasse (EEG-vergütet) ...

... in Berlin (in MWh/a):	198.968
... in Brandenburg (in MWh/a):	2.310.347
... bundesweit (in MWh/a):	40.002.615

Stromproduktion aus Klärgas (EEG-vergütet) ...

... in Berlin (in MWh/a):	0
... in Brandenburg (in MWh/a):	146.263
... bundesweit (in MWh/a):	2.257.280

Stromproduktion aus Geothermie (EEG-vergütet) ...

... in Berlin (in MWh/a):	0
... in Brandenburg (in MWh/a):	0
... bundesweit (in MWh/a):	124.615

Windräder in Brandenburg: 3.467

CO₂-Ausstoß (2015) in Deutschland nach Sektoren: ...

... Energiewirtschaft (in Millionen Tonnen):	355
... Industrie (in Millionen Tonnen):	182
... Verkehr (in Millionen Tonnen):	164
... Haushalte (in Millionen Tonnen):	89
... Landwirtschaft (in Millionen Tonnen):	72
... Gewerbe, Handel, Dienstleistungen (in Millionen Tonnen):	35

Veränderungen des Berliner CO₂-Ausstoßes aus dem Endenergieverbrauch 2013 gegenüber 1990 ...

... im Schienenverkehr (in Prozent):	-48,8
... im Straßenverkehr (in Prozent):	-1,9
... im Luftverkehr (in Prozent):	166,5

Quellen: Fraunhofer ISE, energymap.info, Bundesverband Windenergie, Bundesregierung (Klimaschutzbericht 2016), Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg

ICH WILL DIE ARBEIT DES BUND UNTERSTÜTZEN.

Ja, ich möchte Mitglied werden und wähle folgenden Jahresbeitrag:

- Einzelmitglied (mind. 50€)
- Familie (mind. 65€)
- Ermäßigt (mind. 16€)
- Lebenszeitmitglied (einmalig mind. 1.500€)

Name/Vorname

Straße

PLZ/Ort

Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)

Telefon (wenn Sie möchten)

E-Mail (wenn Sie möchten)

Ich will den E-Mail-Newsletter des BUND Berlin erhalten.

Bitte ziehen Sie den Beitrag ab dem

- monatlich
 - vierteljährlich
 - halbjährlich
 - jährlich
- bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

KontoinhaberIn

IBAN (oder Konto-Nr.)

BIC (oder Bankleitzahl)

Geldinstitut/Ort

Datum/Unterschrift (Bei Minderjährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten)
BUND Gläubiger-ID: DE34ZZZ00000103826

Mit Ihrer Unterschrift erteilen Sie dem BUND ein SEPA-Lastschriftmandat mit dem Sie gleichzeitig Ihre Bank anweisen, die vom BUND auf Ihr Konto gezogene Lastschrift einzulösen. Die Bestätigung und alle notwendigen Informationen (insbesondere Kontaktdaten sowie die Zusammenfassung der Zahlungsinformationen) erhalten Sie mit Ihrem Begrüßungspaket.

Der Widerruf ist jederzeit und ohne Angabe von Gründen möglich. Ihre persönlichen Daten werden elektronisch erfasst und können – gegebenenfalls durch Beauftragte des BUND e. V. – auch zu Informations- und Werbezwecken für die Umwelt- und Naturschutzarbeit des BUND genutzt werden. Ihre Daten werden selbstverständlich nicht an Dritte weitergegeben.

BUNDzeit 01/2017

Bitte schicken Sie die ausgefüllte und unterschriebene Beitrittserklärung an:

BUND Berlin • Crellestr. 35 • 10827 Berlin • Fax 030 78790018 • kontakt@BUND-Berlin.de
BUND Brandenburg • Friedrich-Ebert-Str. 114a • 14467 Potsdam • Fax 0331 23700145 • BUND.brandenburg@BUND.net